

# Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Nöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberge i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rosberg in Frankenberge i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Rosberg in Frankenberge i. Sa.

Scheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierter Jahrgang 5 I. & 50 P., monatlich 50 P. Liefergebühr extra. Einzelnummern laufen den Monats 5 P., früher Monats 10 P. Versendungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Börsen und Ausgabenstellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Auslande Verband wöchentlich unter Kreuzband.

Aufkündigungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größere Anzüge bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

→ 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachen.

Anzeigenpreis: Die 6.-geip. Beiträge oder deren Raum 15 P., bei Beleganzügen 12 P.; im amtlichen Teil pro Seite 40 P.; "Eingefordert" im Redaktionsteile 35 P. Für schwierige und tabellarische Sach-Anzeigen, für Wiederholungsabdruck Erhöhung nach schließendem Tarif. Für Nachweis und Obersten-Annahme werden 20 P. Extragebühr berechnet. Inseraten-Annahme auch durch alle deutschen Annonsen-Expeditionen.

Nach Orten außerhalb des deutschen Reiches und Österreichs, soweit solche im Gebiete des Deutschen Reichs liegen, geschieht der Verband unseres "Tageblattes" mit wöchentlichen Kreuzbandsendungen von uns unter Postanfang von 2 M. 50 Pf. per Briefporto.

Zu den diesjährigen Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Ruhmehrung des Malers Richard Alexander Bierl in Frankenberge an dem Vermögen seiner Frau Maria Frieda geb. Weichert derselbe durch Ehevertrag vom 8. November 1904 ausgeschlossen worden ist.

Frankenberg, am 3. Februar 1911.

(A. Reg. 50/11.)

Königliches Amtsgericht.

## Holzversteigerung auf Blauer Staatsforstrevier

(Barz. Struth und Ruhstein).

**Restaurant zum „Horizont“ in Blauer Dienstag, den 14. Februar 1911, von vorn. 9 Uhr an:** 105 h. u. 2190 m. Stämme, 140 h. u. 1590 m. Stämme, 775 m. Deckstangen, 9960 m. Reisstangen und von nachm. 1 1/4 Uhr an: 7 rm h. u. 30 rm w. Brennholz, 22,5 rm h. u. 32 rm w. Brennknüppel, 25,5 rm h. u. 47,5 rm w. Kiefe, 10 rm h. u. 145 rm w. Brennreisig. Rohholzsläge in Abt. 5, 9, 18. Schlagräumung in Abt. 27. Durchforstungen in Abt. 5, 6, 7, 9, 10, 15, 17 u. 89.

Agt. Forstrevierverwaltung Blaue und Rgl. Forstamt Augsburg.

## Die fremden Anleihen.

\* Im Deutschen Reichstag wird jetzt die Interpellation erörtert, welche sich gegen die Überbewertung des deutschen Geldmarkts mit fremden Wertpapieren wendet. Es ist eine Tatsache, daß im Verhältnis zu seinem Staat so bereitwillig die Anleihen fremder Länder, Städte und Unternehmungen Aufnahme finden, wie in Deutschland; ein Verhalten, das uns, wir erinnern nur an den griechischen Staatsbankrott, schon manche Millionen gelöst hat. Sehr schwer ist es, die Frage zu beantworten, woran es liegt, daß bei uns so zahlreiche ausländische Werte untergebracht werden; man kann nicht einfach sagen, diese Anleihen werden auf den deutschen Markt gebracht und finden ihre Abnehmer. Wenn unser deutsches Publikum nicht nach Papieren mit höheren Zinsen in nie ermüdender Beharrlichkeit verlangt, so würden jene fremden Werte auch keine Käufer finden und schließlich anderswo hingehen müssen. Dieses Verlangen nach einträchtigeren Papieren äußerte sich ja auch in dem Kauf von zweifelhaften englischen Minenwerten, die gar nicht an den deutschen Börsen gehandelt wurden, sowie in der Jagd auf Spekulationspapiere. Von unserem guten Banken ist so oft geraten: Leute, seht euch vor; es half bei dem Gewinnausmaß nicht viel, und der Schade war da, wo großer Verdienst erhofft worden war.

Mit dieser Tatsache müssen wir vor allem rechnen. Personen, die in ihrer ganzen Lebenshaltung den solidesten Eindruck machen, spezialisierten heimlich in altertümlicher Weise, um ihre Finanzen zu verbessern. Das ist ein Zug der Zeit; der Haushalt kostet viel, die Kindererziehung fällt ganz anders ins Gewicht, wie früher, und verzerrt sich eine Tochter, so geraten leicht die ganzen Einkommensverhältnisse in Unordnung. Dem soll durch außerordentliche Geldgewinne vorgebeugt werden. Diese werden aber keineswegs ausschließlich an den Börsen geführt, sondern in hohem Maße auch durch schwer zu kontrollierende stille Beteiligung an industriellen und gewerblichen Unternehmen, an Grundstücksspekulationen usw. Damit wird bewiesen, daß das flüssige Geld keineswegs allein durch ausländische Anlagenrichten den heimischen Anleihen entzogen wird, sondern durch die Suche nach hohen Zinsen. Der Franzose, der Engländer denken über diesen Punkt anders, aber die Hoffnung, daß das deutsche Publikum sich zur ähnlichen Auffassung aufschließen werde, ist bis heute leider nicht erfüllt worden. Die moderne Zeit hat wohl in seinem Volke in Europa so viel Ausgaben angeregt, wie im deutschen, und dafür soll Freude kommen. Das ist die Erklärung des scheinbaren Rätsels.

Selbstverständlich ist es, daß fremde Werte, die nicht so-hilfe sind, auf dem deutschen Geldmarkt nicht ausgegeben werden sollten. Was alle anderen angeht, so wird die Entscheidung bei zwei Punkten liegen: zum ersten, haben wir wirtschaftliche Interessen an dem Zustandekommen dieser Anleihen, zum zweiten, gebrauchen wir im Reiche nicht selbst Geld? Den Bogen braucht man weder hier noch da zu überspannen, weil eben das Publikum nicht gezwungen werden kann, bestimmte Papiere zu kaufen. Besser, es läuft kontrolliertes Papier, als daß es sich von dummen Ehrenmännern zum Anlauf von zweifelhaften Werten beeinflussen läßt. Der Staatssekretär Wermuth, der preußische Finanzminister Dr. Venze und seine übrigen Kollegen in den deutschen Bundesstaaten haben bekanntlich schon Schritte getan, die heimischen Anleihen der höheren Beachtung des Publikums nahe zu bringen. Weitwelt diese wünschenswerten Ziele erreicht werden, kann sich natürlich erst später ergeben, ganz sicher nicht lassen kann man aber den oben erwähnten Zug der

Zeit nie. Darum meinen wir, diese Börsenfrage ist mehr eine praktische Tagesfrage, die bei jedem neuen Falle ernstlich zu prüfen ist, die auch am besten von unserer soliden deutschen Bankwelt zu lösen ist, indem sie ihren Kunden rücksichtsvolle Ratschläge erteilt. Das Publikum will verdienen und hört daher einen warnenden Rat oft ungern. Über wenn dieser einmütig kommt, wird er auch seine Wirkungen ausüben. Sache der Reichsregierung ist es, dafür mit sorgen zu helfen, daß bei zu empfehlenden fremden Anleihen auch für Deutschland wirklich etwas herauskommt. Schlechthin abgewiesen kann ja nicht alles werden, das haben wir voriges Jahr bei der türkischen und ungarischen Anleihe gesehen; politische und wirtschaftliche Interessen sprechen sehr gewichtige Worte mit, die freilich nicht immer laut ins Land hineinschallen, darum aber doch beachtet werden müssen.

## Die Beisetzung Singers.

HB. Berlin, 5. Februar.

Die Beerdigung des Reichstags-Abgeordneten und Stadtverordneten Paul Singer stand heute mittags 12 Uhr vom Geschäftshaus des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, aus unter überaus zahlreicher Beteiligung statt. Die Höfe des „Vorwärts“-Gebäudes, die gesamte Lindenstraße, sowie alle umliegenden Straßen waren von einer ungeheuren Menschenmenge dicht gefüllt. In den Höfen der „Vorwärts“-Druckerei waren fast die ganze sozialdemokratische Reichstagsfraktion sowie eine große Anzahl von Delegierten aus dem Reiche und Ausland erschienen. Vertreter hatten gefunden: Die sozialistische Partei von Frankreich, Österreich, Ungarn, Deutsch-Röumanien, die Tschechen, Scandinavien, Belgien, Holland, Schweiz; ferner war der Generalsekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Huismann (Brüssel), anwesend. Die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ist mit der städtischen goldenen Reihe geschmückt, vollzählig erschienen. Der Abgeordnete Bebel ist nicht unter den Anwesenden. Sicherem Vernehmen nach gestattete es ihm sein Gesundheitszustand nicht, sich zu beteiligen. Die Leiche war in einem Pariser-Zimmer des letzten Hofs des „Vorwärts“-Gebäudes aufgebahrt und mit einer Reihe von Schleifen und Kränzen geschmückt. Es hatten zu diesem Zimmer nur die näheren Verwandten und die Mitglieder des Parteivorstandes Beritt. Nachdem der Gesangverein „Typographia“ das Lied „Über allen Wipfern ist Ruh“ zum Vortrag gebracht hatte, wurde die Leiche in den Wagen gehoben. Dem Sarge ging eine große Anzahl von Banner- und Fahnenträgern, sowie ein Musikkorps voran. Hinter dem Sarge gingen die nächsten Angehörigen, der Parteivorstand, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Redaktion des „Vorwärts“ und die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion; diese schlossen sich in endloser Reihe die anderen Teilnehmer an. Die Polizei war zahlreich zu Fuß und zu Pferde aufgeboten; die vorüberfahrenden Wagen mußten, während der Zug sich durch die Straßen bewegte, angehalten werden. Durch rote Armbinden kennlich gemacht, von der Partei aufgestellte Ordner sorgten dafür, daß die Ruhe nirgends gestört wurde. Eine große Anzahl von Kränzen und Schleifen wurden in mehreren Wagen hintergefahren. Die Beteiligung kann auf 100 000 geschätzt werden. Die Spite des Leichenzuges bildeten Mitglieder des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, den der verstorbene Jahrzehnte hindurch im Parlament vertreten hat, mit ihren Angehörigen. Der Vorbeimarsch dieses Kreises dauerte allein eine Stunde, der des ganzen Zuges mehrere Stunden. Eine große Anzahl der Leidtragenden trug rote

Nessel im Knopfloch. Im Zug selbst wurden außerordentlich viele Kränze getragen, darunter solche von greller Kunstbarkeit. Straßenhändler boten Positarten mit dem Bildnis Singers an und machten ancheinend ein gutes Geschäft. Der Verlehrstockte in den Straßen, die der Leichenzug passierte, fast vollständig. Auf dem Friedhof zu Friedrichsfelde stand noch eine Trauerfeier statt, wobei die Verdienste Singers gewürdigt wurden. Nur einem ganz kleinen Teil der Leidtragenden war der Eintritt zum Friedhof gestattet, da derzeibe die gewaltigen Massen nicht aufnehmen konnte.

## Oertliches und Sächsisches.

Frankenberg, 6. Februar 1911.

### Gefängnisarbeit und Handwerk.

Alljährlich wird in den Landtagen der deutschen Bundesstaaten über die Konkurrenz der deutschen Handwerke durch die Gefängnisarbeit entricht. Regelmäßig wird dann von den Regierungen eine Milderung dieses Zustandes versprochen, auch noch Möglichkeit durchgeführt; im allgemeinen aber blieb doch manches beim Alten. Jetzt scheint jedoch eine wirkliche Wendung zum Besseren einzutreten zu wollen, denn im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die vorstehende Neuregelung des Gefängniswesens angekündigt, wobei der deutsche Handwerks- und Gewerbeverein mitarbeiten soll. Diese große Handwerkerorganisation hat ja jetzt besondere Bedeutung dadurch erlangt, daß ihr Vorsitzender, Clempermeister Plate in Hannover, zum Mitglied des Herrenhauses ernannt worden ist. Bei dieser Neuregelung der Gefängnisarbeit, die noch und noch wohl in ganz Deutschland plazieren wird, wird der hier und da ausgesprochene Gedanke, Maschinen in die Gefängnisse einzuführen, natürlich ganz verworfen werden. Auch der Vorschlag, die Gefängnislöhnne auszubessern, "damit sie mit der allgemeinen Aufbesserung Schritt halten", ist ein Uding. Viel eher ließe sich das direkte Gegenteil für arme Missträger vorschlagen! In allen Städten ist heute der Vogabund, der, wenn der Winter hereinbricht, Schaukisten zerrichtet oder sonst "ein Ding dreht", damit er ins Gefängnis kommt, wo er vor allem Ungemach gesucht ist, eine durchaus nicht mehr selte Erscheinung. Wie würde es einem Burschen das Herz im Leibe lachen, wenn er hört, daß er nun noch gar Lohnaufbesserung erhalten soll! Die Beschäftigung der Straflinge in landwirtschaftlichen Betrieben ist ja ein guter Gedanke, aber auch er stellt keineswegs das Ideal dar. In ländlichen Gegenden entsteht man sich sogar vielfach vor der Zumutung, die Feldarbeit, die als vornehm und edel angesehen wird, durch Gefangene verrichten zu lassen. Jedenfalls aber gibt es noch soviel Beschäftigungs-Arten schwerer Arbeit, die die Gefängnisbeschäftigung in Betracht kommen, daß sich schon die bessere Neuregelung finden lassen wird. Daß das Handwerk schädigende Konkurrenz der Gefängnisarbeit muss sich aus der Welt schaffen lassen; vor allen Dingen aber muß darauf gesehen werden, daß jene Warte nicht billiger als die des ehrlichen Handwerks in den Handel gebracht wird. Dann wird schon der Umstand helfend zugute kommen, daß die solide und auch künstlerisch wertvolle Arbeit des Handwerks sich von vornherein den Vorhang sichert.

\* Meisterprüfungscommissionen im Regierungsbezirk Chemnitz. Zu Mitgliedern der nach § 133 Absatz 2 der Gewerbeordnung zur Abnahme der Meisterprüfungen im Regierungsbezirk Chemnitz errichteten Prüfungskommissionen sind auf die Zeit vom 1. März 1911 bis 28. Februar 1914